

Anzeigen: die Kleinzeile oder deren Raum im Morgenblatt
15 Pf., im Abendblatt und Reklamen 30 Pf.

Annahme von Anzeigen Kohlmarkt 10 und Kirchplatz 3.

Vertretung in Deutschland: In allen größeren Städten Deutschlands: R. Wölfe, Haagenstein & Vogler, G. L. Daube, Invalidentank. Berlin Bernh. Arndt, Marg. Gerstmann, Eberfeld B. Thienes, Greifswald G. Illies, Halle a. S. Jul. Barts & Co. Hamburg Joh. Nothhaar, A. Steiner, William Willens. In Berlin, Hamburg und Frankfurt a. M. Heint. Eisler. Kopenhagen Aug. F. Wolff & Co.

Zu den Unruhen in Konstantinopel wird der „Boll. Ztg.“ unter folgendem Datum gemeldet:
Am Montag lagen Beweise vor, daß die Mezeien durch einige hundert wohlorganisirte Türken ausgeführt wurden. Mit ganzen Anwesenungen verleben, in keine Abtheilungen getrennt, durchzogen sie die Stadt. In jedem Viertel schlossen sich ihnen Anwohner an, die Spionendienste leisteten, bei den Mezeien mitthelfen und nach Abzug der Näbelsführer ihre friedlichen Beschäftigungen wieder aufnahmen. Die Auführer waren der Polizei und dem Militär bekannt, die ihnen bei ihrem blutigen Wert an die Hand gingen. Die Auszueg wegen der aufsteigend offiziellen Beichwignungsberichte in den heute angekommenen europaischen Zeitungen über das Verhalten der Vorkämpfer, das überhaupt viel kritisiert wird, weil sie die Tragweite der Vorgänge unterschätzten und auch den Ernst der gegenwärtigen Lage aufsteigend verkennen, das späte Ergeinien der Stationschiffe vor Lophane hat viel böses Blut gemacht. Alle Schiffe sind voll Flüchtlinge. Sed-n am Mittag haben die Kanonenschiffe zu Ehren der Thronbesteigung allgemeinen Schreien hervorgerufen. Es hat zwar seit gestern Abend verhältnismäßig Ruhe geherrscht, doch kommen immer noch einzelne Morde an Armeniern vor. Der Böbel ist wüthend wegen des Aufstehens der Mezeien. Die Christen sind sehr gedrückt und ängstlich.

Deutschland.

Berlin, 1. September. Die „Berliner Korrespondenz“ schreibt: Der Minister für Landwirtschaft, Domänen und Forsten hat im Einvernehmen mit dem Staatsministerium dem Kaiser eine Denkschrift über die zur Förderung der Landwirtschaft in den letzten Jahren ergriffenen Maßnahmen unterbreitet, die mit Allerhöchster Genehmigung der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden soll. Die Denkschrift erkennt die Bedeutung des Getreidebaues für Deutschland und die im Sinken der Getreidepreise liegende Gefahr rückhaltlos an. Bei der Unbegriffbarkeit der bekannten zur allgemeinen Hebung der Preise seither gemachten Vorschläge beschränkt sich zur Zeit die Aufgabe der Staatsverwaltung auf solche Maßnahmen der Gefek-

haupte der Ihre irgendeine Zusammenkunft, die ihn aber jetzt allein seine Wege ziehen lassen, Unrecht und daß nur er Recht hat; das deutsche Volk tannelt dem Untergang entgegen und es könnte nur dann gerettet werden, wenn es sich — Herrn Stöckers Führung anvertraut:

„Nicht das Bedürfnis, politisch tätig oder gar politischer Parteiführer zu sein, hat mich in den Kampf geführt; weder damals, als ich gegen die Sozialdemokratie stritt, noch nachher, als ich nach einander Fortschritt und Indemismus, Liberalismus und Mittelparteien abzuwehren hatte. Noch jetzt, wo ich auf das Drängen der alten Christlich-Sozialen ihre Führung übernommen habe. Gern sähe ich einen Andern an meiner Stelle; ich habe es in Frankfurt vorausgesetzt, daß mein Präsidium schwere Aufstellungen im Gefolge haben werde. Aber ich will mich auch

zu einem. Aber er vernahm, woher sich ein Schrei von Menschen gegen den Wagen und spuckte von Lueger aus. Es kam zu Thätlichkeiten, wobei ein eckadischer Geistlicher den ersten Schlag gegen einen Deutschen führte. Lueger, bleich und zitternd vor Aufregung, flüchtete sich hinter sein Begleiter. Nur mit großer Mühe gelang es der Polizei, Lueger in seinen Wagen zu bringen, der unter fortgesetzten stürmischen Rufen „Nieder mit Lueger!“ davonfuhr. Luegers Versammlung bestand zu mehr als der Hälfte aus Czechen, und der Beifall ertönte fast ausschließlich in czechischen Rufen. Als Lueger das Wort ergriff, wurde er mit dem tosenden Rufe „Nieder!“ von den Freisinnigen empfangen. Er hielt fast die selbe Rede wie in München, ja er machte die selben Wäge. Stürmischer Beifall erweckte er bei den Czechen, als er anrief, den Slaven dürften ihre Rechte nicht verkümmert werden, er hoffe, wenn einmal das Abgeordnetenhaus antiliberal sein werde, würden die nationalen Czechen gemeinsam mit den Antisemiten gehen. Gerabuzer bejaubte wurde von den anwesenden Czechen der Anspruch Luegers, das deutsche Volk sei tief gesunken. Auch dem Verlassen des Saales ereigneten sich stürmische Scenen. Mehrere czechische Sozialisten wurden verhaftet, ein zehnjähriges Mädchen verletzt. Lueger, dessen Wohnung von Gendarmen bewacht wurde, die ihn auch zum Bahnhof begleiteten, reiste im Dunkel der Nacht um 12 Uhr nach Wien.

Eine Meldung aus Rom betont, daß die brasilianischen Vorgänge in den leitenden römischen

Der Vermert „Vorsicht!“ auf Packeten zc. wird von dem Publikum vielfach bei der Aufgabe von Postsendungen benützt, obgleich er nach den postalischen Bestimmungen ohne die gewünschte Wirkung ist, denn die mit dem Vermert „Vorsicht!“ bezeichneten gewöhnlichen Pakete können bei der oft herrschenden bedeutenden Hölle von Postsendungen durchaus keine besondere vorsichtige Behandlung erfahren. Der einzige Weg, dies zu erreichen, ist vielmehr die Aufkieserung unter „Einschreiben“ (Gebühr 20 Pfg.) oder unter Werlangabe (Gebühr bis 600 Mark 10 Pfg.). Solche Pakete werden von der einen zu der anderen Stelle gesendet von dem großen Ganzen der gewöhnlichen Pakete einzeln übergeben und getrennt von diesen aufbewahrt, wodurch sie selbstverständlich weit mehr als die übrigen gesichert werden.

Die von öffentlicher Seite bestätigte Mittheilung, daß die Vorlage über die Verordnungsverbesserungen dem preussischen Landtage so zeitig zugehen soll, daß die neuen Geschäftsätze schon in dem Staatshaushaltsetat des nächsten Rechnungsjahres aufgenommen werden können, und die weitere Nachricht von der beabsichtigten Erhöhung der Offiziergehälter läßt die Frage der kommunalsteuerbefreiungen der Beamten und Militärpersonen, insbesondere die Frage des Fortfalls der Privilegien bei der Gemeindeeinkommensteuer wieder aufstehen. Das preussische Kommunalabgabengesetz vom 14. Juli 1893 hat in § 41 allerdings die Regelung der Frage, soweit sie die Beamten betrifft, durch ein besonderes Gesetz in Aussicht gestellt; dagegen sollte es nach § 42 für die Militärpersonen bei den bestehenden Bestimmungen bleiben. Zwischenhin darf sich die Nothwendigkeit einer Vereinfachung der Privilegien immer dringender herausgestellt. Die den Gemeinden gebene Anweisung, Zuschläge zur Einkommensteuer ihrem Etat so wenig wie möglich

Als man im Jahre 1822 die Kommunalsteuerprivilegien der Beamten und Offiziere schuf, motivirte man sie damit, daß das Dienst-Einkommen einerseits seinem ganzen Dasein nach

Diese Gründe für eine Kommunalentfesselung liegen heute nicht mehr vor. Die Einkommensverhältnisse der Beamten in den unteren und mittleren Gehaltsstufen sind im Laufe der neuesten Zeit so erheblich besser geworden, daß von einer knappen Bemessung des Einkommens und von einem Zurückbleiben gegenüber dem gewerblichen und dem grundbesitzenden Mittelstande keine Rede mehr sein kann. Der Gewerbetreibende muß im Allgemeinen in hartem Kampfe um seine Existenz ringen; daß der ländliche Grundbesitz sich in einer schweren Nothlage befindet, ist bekannt; und auch darüber wird man sich keiner Täuschung hingeben dürfen, daß der städtische Grundbesitz mit schwankeuden und unregelmäßigen Erträgen zu rechnen hat. Den Angehörigen dieser Berufe gegenüber lebt der untere und mittlere Beamte jedenfalls weit sorgenfrei und auskömmlicher. Die Regierung erkennt das auch insofern an, als sie die Gehaltsaufbesserungen für diese Beamtenkategorien — mit Ausnahme der Lehrer, für die aber ebenfalls ein

Erhöhung der Gehälter beabsichtigt wird — für abgeschloffen erachtet. Nachdem die Geistlichen bereits eine Einkommenserhöhung davongetragen haben, sollen namentlich die anderen Empfänger höherer Gehälter, Beamte und Offiziere, bedacht werden. Wie verlautet, ist dafür ein Mehraufwand von 40 Millionen Mark jährlich vorgesehen. Tritt diese Aufbesserung ein, so läßt sich für die Aufrechterhaltung des bestehenden Steuerprivilegs nicht mehr der Grund geltend machen, daß die Leistungsfähigkeit der Privilegierten in Folge eines unzulänglichen Einkommens geringer als die anderer Gemeindeglieder sei. Auch der Grund, daß das Einkommen der Beamten der Steuerbehörde genau, das der übrigen Steuerpflichtigen nur zum Theil bekannt sei, trifft bei Einführung der Selbsteinschätzung nicht mehr zu. Dazu kommt schließlich noch, daß unter den heutigen Verhältnissen das Einkommen der Gewerbetreibenden, des Kaufmanns, Landwirthes u. f. w. „seinem ganzen Dasein nach von dem Leben, der Gesundheit und anderen zufälligen Verhältnissen der Person“ in einem weit höheren Maße abhängig sein dürfte, als das des Offiziers und Beamten. Ergiebt sich aus alledem, daß heute von jenen Gründen, die seiner Zeit zu Gunsten der Einführung der Kommunalsteuerprivilegien geltend gemacht wurden, auch nicht einer mehr stichhaltig ist, so läßt sich die Ausnahmestellung der Beamten und Offiziere überdies aus anderen Rücksichten nicht mehr aufrecht erhalten. Das Kommunalabgabengesetz vom 14. Juli 1893 bestimmt, daß die Ausgaben der Ge-

meinden für Einrichtungen und Zweck, die allen Gemeindeangehörigen gleichmäßig Vortheile bieten, durch die Einkommenssteuer gedeckt werden sollen. Die der Allgemeinheit zu Gute kommenden kommunalen Einrichtungen überwiegen aber bei weitem, und an ihnen sind die Beamten und Offiziere genau in demselben Maße interessiert, wie alle übrigen Einwohner; es ist deshalb nur eine Forderung der Gerechtigkeit, wenn man an die feither Privilegirten das Verlangen stellt, daß sie zu den Ausgaben der Gemeinden für allgemeine Zwecke ebenfalls in vollem Umfange beitragen. So sehr man auch mit der von der Regierung geplanten Aufbesserung der Gehälter der Beamten und Offiziere einverstanden sein kann, so wird man doch fordern müssen, daß die Volksvertretung ihre Zustimmung zu den Mehrforderungen von der Beseitigung der in den §§ 41 und 42 noch aufrecht erhaltenen Steuerbefreiungen (etwa mit Ausnahme derer der Wittwen und Waisen) abhängig macht. Im Zusammenhange damit wird zugleich eine Revision der Bestimmungen über Wohnungsgeldzuschüsse wie eine andere Ordnung der Kostenlosenenthädigung für Beamte und Offiziere zu erstreben sein. Letztere ist um so nothwendiger, als die Kostenlosenenthädigung heute nicht einen Ersatz für wirklich entstandene Kosten, sondern eine nicht unerhebliche Einnahmequelle darstellt.

in den Küstenstädten die Mähe hergestellt ist, so soll im Innlande die Hege gegen die tatstätsen Arbeiter ungestraft fortbauern.

Konstantinopel, 1. September. In Folge der Drohung des englischen Botschafters, daß, falls die Polizei und das Militär nicht vorerret borgehen würde als bisher, so würde die englische Mittelmeerflotte in den Bosporus einlaufen, ist der gestrige Tag ziemlich ruhig verlaufen. Wie verlautet, hat das armenische Komitee den diplomatischen Missionen mitgeteilt, daß es bei Wiederholung der Massakres gegen die Armenier noch zu strengeren Mitteln greifen werde als bisher. Jeder Augenblick kann daher folgen schwere Ereignisse bringen. Die Situation ist andauernd kritisch. Es bedarf aller Umsicht und Energie seitens der Diplomatie und hauptsächlich des guten Willens der türkischen Behörden, um weiteres großes Unheil zu verhüten.

Attnen, 1. September. Die ganze englische Mittelmeerflotte, bestehend aus 35 Schiffen, sowie vier große russische Kriegsschiffe wurden für die nächsten Tage im Bybros abvort. Zur Verärkung der Grenzgaritionen ging eine weitere